

Suchtberatung droht der Kollaps

Kostensteigerungen und nicht ausreichende Förderung: Beratungsstellen schlagen Alarm

Von Sabine Hebbelmann

Heidelberg/Rhein-Neckar. Träger der ambulanten Suchtberatung mit ihren Beratungsstellen, die – verteilt auf verschiedene Standorte – den Rhein-Neckar-Kreis abdecken, schlagen Alarm: Sie verzeichnen ein wachsendes strukturelles Defizit. Aufgrund von Kostensteigerungen und nicht ausreichender Förderung drohe der Kollaps.

Um über ihre Arbeit zu informieren und auf die schwierige Lage aufmerksam zu machen, hatten sie zu einem Fachgespräch eingeladen. Mitarbeitende verschiedener Beratungsstellen gaben mit viel Herzblut einen Einblick in ihre Arbeit. Kreisräte mehrerer Fraktionen und auch der neue Leiter des Gesundheitsamtes, Andreas Welker, nahmen teil. Von den eingeladenen Landtagsabgeordneten im Rhein-Neckar-Kreis erschienen

Fadime Tuncer und Norbert Knopf, beide von der Fraktion der Grünen.

Dass die Suchtberatung nicht nur kostet, sondern wertvoll für die Betroffenen, aber auch für die ganze Gesellschaft ist, machte Laura Janca von der Fachstelle Sucht Wiesloch des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation (BWLV) deutlich: „Jeder Euro, der von der öffentlichen Hand in die Suchtberatung investiert wird, spart gesellschaftliche Kosten in Höhe von 17 Euro.“

Bei Sozialpädagoge Paul Jöst, Leiter der Suchtberatung Weinheim, konnten Teilnehmende mit sogenannten Rauschbrillen nachfühlen, wie sich Alkoholismus am Arbeitsplatz anfühlt. Die eine Brille simuliert 0,8 Promille, die andere 1,3 Promille. Es galt, mit Brille und Akkuschrauber eine Schraube in ein Brett zu drehen, ein schwieriges Unterfangen.

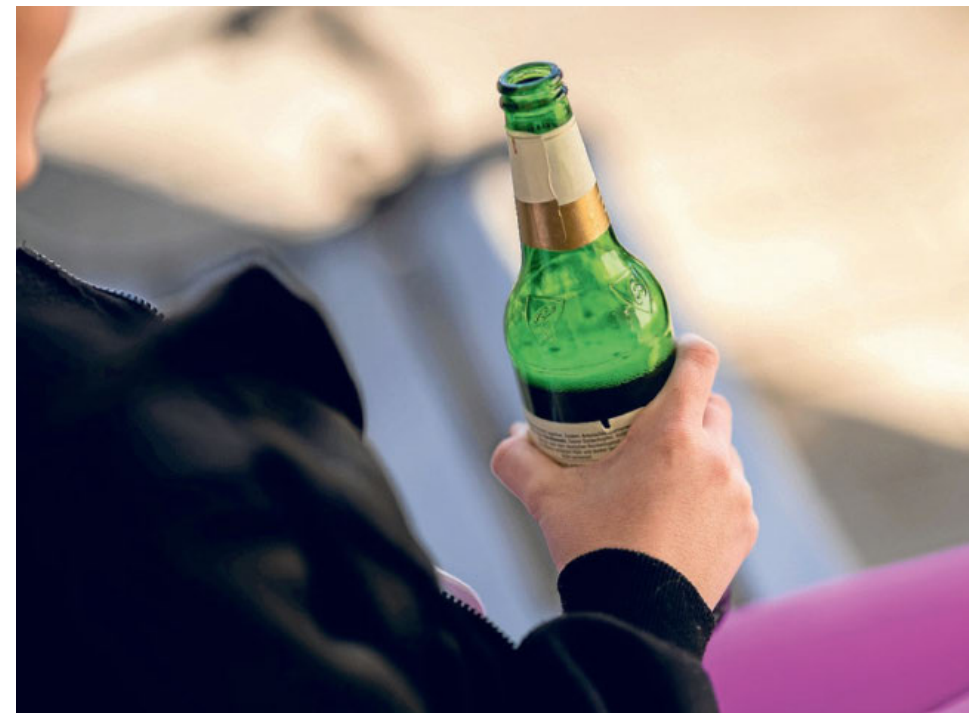
Jöst schilderte die Situation in Betrieben, berichtete von einem Mitarbeiter der Produktion, bei dem an einem Vormittag 1,6 Promille gemessen wurden, von einem Azubi, der alle Viertelstunde mit dem Handy auf der Toilette verschwand und einer Patientin, die von ihrem Betrieb wegen Alkoholsucht regelmäßig entlassen und wieder eingestellt wurde. „Wir müssen

uns doch dem Problem stellen“, appellierte er leidenschaftlich. Oft seien es Anspannung, Einsamkeit oder Sorgen, die hinter der Sucht stecken. Besonders betonte Jöst die Bedeutung von nachhaltigen Präventionskonzepten für Schulen.

Stefan Heizmann, Leiter der AGJ-Suchtberatung Heidelberg, präsentierte die Zahlen des Jahres 2023 für Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis. So fanden insgesamt 4400 Ratsuchende den Weg in die ambulanten Beratungsstellen des Kreises, die gemeinsam über 15,75 Fachkraftstellen verfügen. 2100 Personen reichte bereits ein einmaliger Kontakt, 1700 kontaktierten die Beratungsstellen mehrfach. 600 Angehörige und Bezugspersonen wandten sich an die Suchtberatung. Dazu kamen Nachsorge nach einem Klinikaufenthalt und ambulante Reha.

Bei 157 Personen erfolgte die Psychosoziale Begleitung (PSB) als Bestandteil der Substitutionsbehandlung. Für verschiedene Gruppen wie Schulklassen, Konfirmanden, Betriebsräte oder Rotkreuz-Engagierte wurden insgesamt 120 Präventionsmaßnahmen durchgeführt. Unterstützt werden in Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis aktuell nicht weniger als 30 Selbsthilfegruppen.

Die meisten Ratsuchenden sind zwischen 35 und 44 Jahre alt, drei Viertel männlich. An erster Stelle steht problematischer Alkoholkonsum. In den Beratungen vor 20 Jahren noch kaum Thema folgte Cannabis im Jahr 2023 – noch vor dem neuen Gesetz – mit 15 Prozent an zweiter Stelle. Die Finanzierungsprobleme sind nicht neu. Schon 2021 hatten sich



Problematischer Alkoholkonsum steht bei den Hilfesuchenden an erster Stelle. Symbolbild: dpa

die hiesigen Träger zur „Arbeitsgemeinschaft Suchthilfe im Rhein-Neckar-Kreis“ zusammengeschlossen, um ihre Kräfte zu bündeln.

Sprecherin der AG ist die Psychologische Psychotherapeutin Martina Kirsch. Als Leiterin der Heidelberger Suchtberatung der Stadtmission ist sie außerdem Mitglied der Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg (LSS-BW). Diese fordert vor dem Hintergrund von Tarif- und Kostensteigerungen, die Landesmittel ab dem Haushalt 2025/26 auf 27 000 Euro pro Vollzeit-Fachkraftstelle anzupassen.

Künftig sollte zudem der Landeszuschuss den jeweiligen Tarifsteigerungen entsprechend dynamisiert werden. Es rä-

che sich, dass der Antrag der LSS auf Erhöhung der Fachkraftzuschüsse von 17 900 Euro auf 25 000 Euro im Haushalt 2023/24 nicht berücksichtigt wurde, sagt Kirsch und kritisiert, die Landeszuschüsse seien seit über 20 Jahren nicht erhöht worden. In der Folge seien die Eigenmittel der Träger von ursprünglich zehn Prozent auf rund 25 Prozent gestiegen. Mit der Heidelberger Suchtberatung ist Kirsch auch Teil des „Aktionsbündnisses Suchtberatung in Baden-Württemberg retten!“ Sie sei froh, dass der Rhein-Neckar-Kreis die Förderung pro Stelle auf 60 000 Euro erhöht hat, betont sie und schickt hinterher: „Das ist toll, aber es ist immer noch nicht auskömmlich, und es gibt auch keine Dynamisierung.“



Mitarbeitende verschiedener Beratungsstellen gaben einen Einblick in ihre Arbeit. Foto: heb